

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Sunnitisch-schiitischer Glaubenskrieg eskaliert

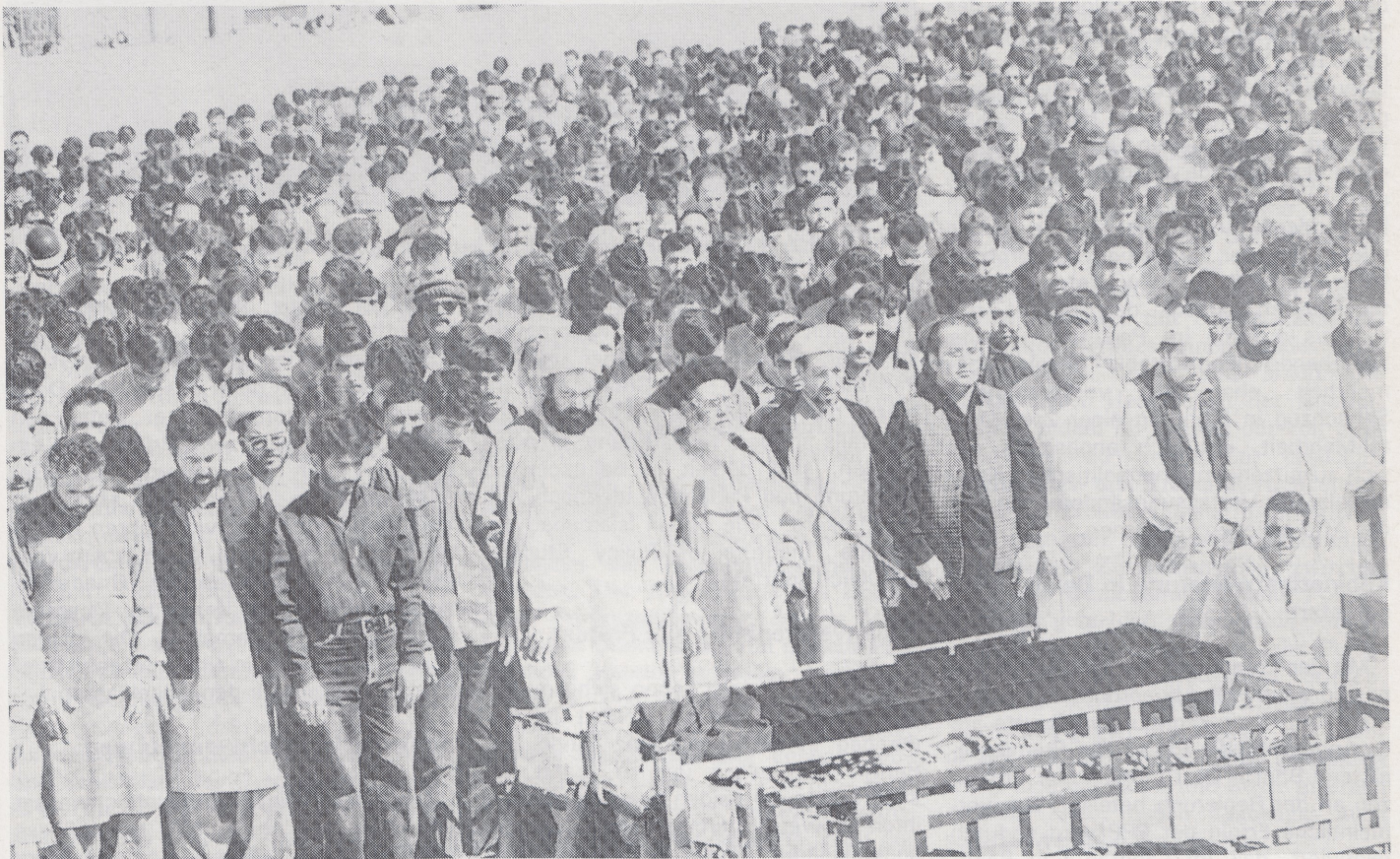
Bei einem Terroranschlag auf eine sunnitische Moschee in der südpunjabischen Metropole Multan sind am 23. September 21 Menschen ums Leben gekommen, 50 weitere wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Unter den Getöteten befanden sich auch zehn Kinder. Nach Informationen der englischsprachigen Tageszeitung 'Dawn' drangen während des Morgengebets vier maskierte Männer in die Moschee ein und eröffneten aus automatischen Waffen das Feuer auf die mehr als 200 versammelten Gläubigen. Die Täter konnten unerkannt mit einem Auto fliehen. Nach dem Massaker kam es in der Innenstadt zu gewalttätigen Krawallen zwischen Sunniten und Schiiten. Eine aufgebrachte Menschenmenge versuchte dabei, eine schiitische Nachbarmoschee zu schleifen. Nur das entschlossene Eingreifen der Armee konnte Schlimmeres verhindern.

Obwohl sich bislang niemand zu dem

Anschlag von Multan bekannt hat, vermuten Beobachter dahinter einen Racheakt eines Terrorkommandos aus dem Dunstkreis der militant-schiitischen 'Tehrik-e-Nifaz-e-Fiq-e-Jafaria' (TNFJ; etwa: 'Bewegung zur Einführung des schiitischen Rechts'). Hintergrund: Bei einem ähnlichen Attentat auf eine Gebetsstätte der Schiiten in Maisli im Distrikt Multan waren am 18. August 18 Menschen ermordet worden. Hierzu hatte sich die radikal-sunnitische 'Anjuman Sipah-e-Sahaba-e-Pakistan' (ASSP oder kurz SSP; etwa: 'Soldatenbund der Prophetengenossen') bekannt, die sich seit mehr als zehn Jahren mit der TNFJ einen erbarmungslosen Untergrundkrieg liefert. Die ASSP bezeichnete die Tat wiederum als Vergeltung für einen Anschlag vier Tage zuvor in Karachi, als im Rahmen der Feierlichkeiten zum 49. Jahrestag der Gründung Pakistans ein Demonstrationzug der ASSP in einen Hinterhalt geriet. Unbekannte Heckenschützen, hinter denen man die Erzfeinde von der TNFJ vermutete, richteten dabei mit

zwölf Toten und zahlreichen Verletzten ein Blutbad an.

Auch für die bürgerkriegsähnlichen Unruhen, die vom 10. bis 17. September aus der unweit der Grenze zu Afghanistan gelegenen Kurram Agency im Nordwesten des Landes gemeldet wurden, waren nach pakistanischen Presseberichten Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten verantwortlich. Die verfeindeten Gruppen hätten sich bei den Kämpfen rund um das Verwaltungszentrum Parachinar mit Granatwerfern, Artillerie und Kurzstreckenraketen beschossen, hieß es. Die Behörden verhängten über die Region den Ausnahmezustand und schickten starke paramilitärische Verbände in das Kampfgebiet. Über die Zahl der Opfer herrschte bis Redaktionsschluß Unklarheit: Während Augenzeugen, die aus dem betroffenen Gebiet fliehen konnten, von mehr als 200 Toten und mehreren hundert Verletzten sprachen, bestätigte Innenminister Naseerullah Babar in einer Stellungnahme vor der Nationalversammlung nur 93 Todesopfer.



Opfer des gegenseitigen Terrors werden beigesetzt (Foto: 'Herald')

Kabinetterweiterung der Bundesregierung

Knapp drei Jahre nach ihrem Amtsantritt hat Premierministerin Benazir Bhutto am 1. August völlig unerwartet das Personal ihres Kabinetts kräftig aufgestockt. Zu den neuen Gesichtern in der Ministerrunde gehören Bhutto-Ehemann Asif Ali Zardari (Investitionen), Arbab Jehangir Khan (Drogen), Abdul Sattar (Industrie), Naveed Qamar (Privatisierung), Iqbal Haider (Menschenrechte), Nawaz Khokhar (Wissenschaft und Technologie), Rao Sikandar Iqbal (Sport und Tourismus) und Jehangir Badar (Politische und Religiöse Angelegenheiten). Auch drei Berater der Regierungschefin wurden in den Rang von Bundesministern ohne besonderen Geschäftsbereich erhoben. Gegenüber der bisher 17köpfigen Regierungsmannschaft hat sich das jetzt 30 Minister umfassende Kabinett fast verdoppelt. Neben der Ernennung Asif Zardaris machte vor allem die Berufung Khokhars Schlagzeilen: Nawaz Khokhar wurde bei den Wahlen im Oktober 1993 als Kandidat der oppositionellen 'Pakistan Muslim League (N)' ins Parlament gewählt und galt lange Zeit als enger Vertrauter des Oppositionsführers Nawaz Sharif. Nachdem man gegen ihn wegen zahlreicher Straftaten und der Verwicklung in diverse kapitale Wirtschaftsverbrechen Ermittlung aufnahm, wechselte Khokhar das Parteibuch und schloß sich der 'Pakistan Peoples Party' (PPP) an, um seine Haut zu retten. Die plötzliche Aufblähung des Kabinetts mit zudem unpopulären und umstrittenen Persönlichkeiten hat Spekulationen über die möglichen Hintergründe ausgelöst. Während manche Kommentatoren dies als vorbeugende Maßnahme gegen ein immer wieder von der Opposition angedrohtes Mißtrauensvotum werteten, interpretierten andere den Schritt mit Hinweis auf die im Parlament bereits bestehende komfortable Regierungsmehrheit eher als vorbereitenden Schachzug in Richtung einer Zwei-Drittel-Mehrheit, um sich angesichts der sich zuspitzenden innenpolitischen Krise notfalls mit Verfassungsänderungen aus der Affäre ziehen zu können.

Kabinetterweiterung in Balutschistan

Mit der Ernennung der vier bisher oppositionellen PPP-Abgeordneten zu Ministern der Provinzregierung in Quetta am 4. August ist die Partei von Premierministerin Bhutto jetzt in allen vier Provinzen an der Regierung beteiligt. Der vermeintliche Erfolg der PPP wird dadurch relativiert, daß im Landtag von Balutschistan von den insgesamt 43 Abge-



Premier Bhutto mit Ehemann Zardari, der jetzt auch Minister ist (Foto: 'Outlook', Delhi)

ordneten nun 31 Ministerposten bekleiden. Zählt man noch den Parlamentssprecher, seinen Stellvertreter und die Parlamentarischen Staatssekretäre hinzu, die von Ministerpräsident Magsi ebenfalls in den Ministerrang erhoben wurden, sind derzeit in Balutschistan Regierung und Parlament identisch. Ein "Weltrekord", wie das in Islamabad ansässige 'Institute of Policy Studies' genüßlich spottete.

Selbstverbrennung aus Protest

Zwei Schwestern haben sich am 11. September vor einem Gericht in Hyderabad in der Südprowinz Sindh mit Benzin übergossen und in Brand gesteckt. Eine der beiden erlag inzwischen ihren schweren Verbrennungen. Mit der spektakulären Aktion, an der weitere Familienangehörige beteiligt waren, wollten die Frauen gegen die lasche Hal-

tung der Justiz gegenüber einem Armeeeoffizier protestieren, der im Juni 1992 zusammen mit seiner Einheit im ländlichen Sindh neun unschuldige Dorfbewohner ermordet hatte. Unter den Toten waren auch zwei Brüder und ein Ehemann der Schwestern. Das Gerichtsverfahren gegen den Major ist auch nach mehr als vier Jahren immer noch in der Schwebe. Nach einem vom Präsidenten abgewiesenen Gnadengesuch liegt der Fall derzeit bei Obersten Gerichtshof in Islamabad. Die beiden Frauen verlangten in einem offenen Brief die Todesstrafe für den Angeklagten.

Schwere Überschwemmungen

Das diesjährige Monsunhochwasser des Indus und seiner fünf Nebenflüsse hat Ende August/Anfang September vor allem in der Provinz Punjab schwere Verwüstungen angerichtet. 111 Men-

schen wurden dabei nach offiziellen Angaben getötet. Rund 1,3 Millionen Menschen in mehr als 3.000 überfluteten Dörfern seien betroffen, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur APP am 3.

September den Regierungsbeauftragten für Katastrophenhilfe. Allein in der Provinzhauptstadt Lahore, wo der Ravi über die Ufer trat, seien 36 Menschen ums Leben gekommen, hieß es. Bauern,

Händler und Wirtschaftsexperten fürchteten vor allem um die Baumwollernte, die nach ersten groben Schätzungen im Punjab zu rund einem Viertel von den Fluten vernichtet wurde.

Polizei erschießt Bruder der Premierministerin

Murtaza Bhutto, der jüngere Bruder von Premierministerin Benazir Bhutto, ist am 20. September in Karachi bei einer Schießerei zwischen seinen Leibwächtern und der Polizei ums Leben gekommen. Bei dem Feuergefecht wurden auch sechs Begleiter des 42jährigen Politikers getötet, sieben weitere erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Auf seiten der Polizei gab es nach offiziellen Angaben lediglich zwei Verwundete. Zum Tathergang berichtete die in Karachi erscheinende Tageszeitung 'Dawn', daß der aus vier Fahrzeugen bestehende Konvoi Murtaza Bhuttos auf dem Rückweg von einer Kundgebung unmittelbar vor der Familienresidenz im Nobelviertel Clifton von einem starken Polizeiaufgebot erwartet worden sei. Zur Schießerei sei es gekommen, als die Polizisten einen der Jeeps zu stoppen versuchten, hieß es. Unklar blieb dagegen, welche Seite zuerst das Feuer eröffnete. Während die Polizei im Rahmen einer öffentlichen Pressekonferenz den mit lizenzierten Schnellfeuerwaffen bewaffneten Bhutto-Bodyguards die Alleinschuld an dem Vorfall gab, bezichtigten die Witwe und der überlebende Fahrer des Getöteten die Sicherheitskräfte des gezielten Mordes. Für die Mordthese sprechen gleich mehrere Indizien: So konnte die Polizeiführung bislang nicht schlüssig erklären, warum rund um die Bhutto-Villa mehrere hundert Mann postiert waren, obwohl gegen den Politiker nach bisherigem Kenntnisstand weder ein Haft- noch ein Hausdurchsuchungsbefehl vorlag. Auch der Umstand, daß in dem Leichnam des selbst unbewaffneten Prominenten laut Obduktionsbericht sechs Kugeln steckten, darunter eine im Genick, wirft Fragen auf. Hinzu kommt das aggressive Verhalten der Uniformträger nach dem Blutbad, die mehrere herbeigeeilte Journalisten zusammenschlugen und Kameras von Pressefotografen zerstörten. Selbst Rettungswagen durften sich nach Augenzeugenberichten zunächst nicht dem Schauplatz des Geschehens nähern, so daß sich der Abtransport der Schwerverletzten um Stunden verzögerte.

Plausibel erscheinen die schweren Vorwürfe an die Adresse der Polizei vor

dem Hintergrund, daß die Ordnungshüter Karachis den zweifelhaften Ruf genießen, in den letzten zehn Monaten unter dem Vorwand der Terroristenbekämpfung und mit öffentlicher Rückenbedeckung des Innenministers mehrere hundert politisch motivierte extra-legale Hinrichtungen ausgeführt zu haben.

Daß es sich auch im Falle Murtaza Bhuttos um einen solchen "staatsterroristischen Akt" handelte, steht zumindest nach Ansicht von Oppositionsführer Nawaz Sharif außer Frage: Im Rahmen einer kurzfristig anberaumten Sonderdebatte der Nationalversammlung machte er die Regierung von Benazir Bhutto direkt für den Tod des Bruders der Premierministerin verantwortlich, wobei er allerdings den Namen der Regierungschefin nicht nannte. Nach Sharifs Worten habe die Regierung schon zu Beginn ihrer Amtszeit vor drei Jahren politische Racheakte verübt, sich des Staatsterrorismus schuldig gemacht und Dissidenten mit Kugeln zum Schweigen gebracht. Damit spielte Sharif auf die erbitterte Familienfehde zwischen Murtaza und Mutter Nusrat Bhutto einerseits und Benazir Bhutto andererseits an, die kurz nach Amtsantritt Benazirs mit der Rückkehr des Bruders aus dem syrischen Exil zum Machtkampf um die Führung der von Vater Zulfikar Ali Bhutto gegründeten 'Pakistan Peoples Party' (PPP) eskalierte. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen gab es damals schon einmal eine Schießerei zwischen Anhängern Murtazas und der Polizei, wobei ein Demonstrant ums Leben kam. Der parteiinterne Streit wurde schließlich mit einer Verhaftungswelle unter den Befürwortern Murtazas zugunsten der Premierministerin entschieden. Der Abgeordnete des sindhischen Provinzparlaments, der im März 1995 eine Dissidentenpartei namens PPP (Shaheed Bhutto) gründete, profilierte sich in der Folge als einer der schärfsten Kritiker der gegenwärtigen Regierung. Obwohl die zahlenmäßig unbedeutende Gruppierung weder auf Provinz- noch auf Bundesebene eine politische Bedrohung des Status quo darstellte, hielt der Staat die PPP (SB) mit gelegentlichen Verhaftungen von Parteikaktivisten in

Schach. Dennoch ist eine persönliche Schuld Benazir Bhuttos am Tod des Bruders nach Ansicht der meisten Beobachter höchst unwahrscheinlich, da der spektakuläre Zwischenfall vor allem der ums politische Überleben kämpfenden Premierministerin schadet. Die Verdächtigungen des Oppositionsführers sind nach dieser Lesart in erster Linie ein Versuch, Murtaza Bhutto als Märtyrer zu instrumentalisieren, um in die Wählerbasis der PPP und in die Partei selbst einen Keil zu treiben.

Der gewaltsame Tod des letzten männlichen Mitglieds der Bhutto-Dynastie (Zulfikar Ali Bhutto wurde 1979 von Zia-ul-Haq hingerichtet; Shahnawaz Bhutto, der ältere Bruder Murtazas, starb 1983 unter mysteriösen Umständen im französischen Exil), deren Schicksal seit mehr als drei Jahrzehnten eng mit der Geschichte Pakistans verflochten ist, hat die Öffentlichkeit des Landes über alle Partei- und Provinzgrenzen hinweg in eine Art Schockzustand versetzt: Nach Bekanntwerden der Nachricht blieben am darauffolgenden Tag spontan die meisten Geschäfte, Banken und öffentlichen Gebäude geschlossen, in den ländlichen Gebieten und kleineren Städten der Provinz Sindh kam das öffentliche Leben über Tage hinweg praktisch zum Erliegen und zum 26. September organisierten Anhänger mit Unterstützung der Oppositionsparteien einen landesweiten Generalstreik. Aus dem sindhischen Larkana, der Heimatstadt der Bhuttos, wurden zudem im Umfeld der von mehreren tausend Menschen besuchten Beerdigungs- und Trauerfeierlichkeiten - denen die Premierministerin fernblieb -, trotz strengster Sicherheitsvorkehrungen gewalttätige Zusammenstöße zwischen wütenden Demonstranten und Polizeieinheiten gemeldet, wobei nach Augenzeugenberichten mindestens zehn Personen schwerere Verletzungen erlitten. Demnach setzten die Polizisten beim Vorrücken gegen die Menge, die zuvor in der Innenstadt Geschäfte geplündert sowie mehrere Autos und Busse in Brand gesteckt hatte, neben Tränengas auch scharfe Munition ein.